

Ich danke der Regierung für die ausführliche Beantwortung meiner schriftlichen Anfrage. Interessant sind die Aussagen hinsichtlich eines zu prüfenden Arealmanagements (Antwort 2). Dies scheint mir ein Schritt in die richtige Richtung. Ich hätte mir allerdings gewisse Präzisierungen betreffend nachfolgenden Antworten gewünscht.

Zu Antwort 1: Leider wurde auf die Frage hinsichtlich der sozialen Quartiersqualitäten nicht geantwortet.

Der Verweis der Regierung auf gegebene finanzielle Unterstützung an die Zwischennutzer ist sicherlich richtig. Gemessen an deren Beitrag zur Wertschöpfung und an das sogenannte städtische Leben, muss jedoch auch konstatiert werden, dass es sich hierbei um relativ geringe Beträge handelt. Nachfragen haben ergeben, dass der Lotteriefond einmal CHF 50'000 für den Umbau des Quartierlabors gesprochen hat (das langwierige Prozedere bis zur Auszahlung habe den Verantwortlichen Ende 2007 allerdings arge Liquiditätsprobleme beschert) und die Betreiber der Dirtjumpstrecke einmal CHF 5'000 und einmal CHF 3'000 erhalten haben.

Seit dem Beginn der Zwischennutzung ist der Bodenpreis um den Faktor 3.9 gestiegen. Allein diese Bodenpreissteigerung macht beim ersten Baufeld einen zusätzlichen Gewinn von fast CHF 20'000'000 aus, davon erhält der Kanton die Hälfte. Der Anteil der Zwischennutzung an diesem Effekt lässt sich zwar nicht quantifizieren, aber renommierte Institute wie Wüest & Partner und Credit Suisse Economic Services haben auf Anfrage kausale Zusammenhänge offensichtlich bestätigt. (Siehe auch www.areal.org/scripts/detail.php?id=1486).

zu 3: Die Regierung schreibt, es gebe ein Bedürfnis nach „relativ unstrukturierten Freiräumen“ - aber ohne Anspruch. Es ist gut, dass die Regierung bereit ist, zukünftig Bemühungen von privater Seite her aktiv zu unterstützen. Allerdings könnte die Suche nach neuen Orten sicherlich beschleunigt werden, wenn das Baudepartement und/ oder andere staatlich beteiligte Stellen ihre Unterstützung zur Verfügung stellen würden.

zu 4: als Sozialwissenschaftlerin freut es mich natürlich zu lesen, dass die Regierung ihr Verständnis von „Familie“ ‚neueren‘ soziologischen Erkenntnissen und somit realen Verhältnissen angepasst hat. Trotzdem ist die vorliegende Argumentation schwer verständlich, wenn vormals Hauptziel der Bebauung des Erlenmatts „grosse Familienwohnungen“ anzubieten war und deren Anteil sich nun auf 30% bewegt und als „stattlich“ bezeichnet wird. Auch überzeugt die Argumentationslinie wenig, man werde aufgrund der Vermietungserfahrungen dann den Wohnungsmix anpassen. Erstens hätte man das Verfahren umgekehrt und wie versprochen vornehmen können, anstatt von Beginn an von der versprochenen Zielgrösse abzuweichen. Dies hätte mehr überzeugt. Andererseits ist unklar wie der Kanton den Wohnungsmix auf dem Erlenmattareal tatsächlich beeinflussen möchte, denn es gibt ja eigentlich keine entsprechenden Bauvorschriften im Bebauungsplan.

zu 5: Bei der Umsetzung des Bebauungsplanes geht es - ausser bei reinen Ausführungsvorhaben betreffend Park, Plätze, Wege und Strassen - in erster Linie um Fragen der Stadt- und Quartiersentwicklung. Wie lässt sich das Erlenmattareal mit den umgebenden Quartieren verschränken, wie verstehen die benachbarten KleinbaslerInnen den neuen Park als den ihren, wie lässt sich hier urbanes Leben generieren? Solche Bemühungen sind nicht mit planungs- und baurechtlichen Massnahmen zu erreichen. Hierfür sind Instrumente der Stadtentwicklung notwendig. Die Regierung schreibt, der Einbezug der neuen Fachstelle Stadtentwicklung würde geprüft. Es wäre wohl absurd, wenn die neue Fachstelle nicht in die Projektsteuerung einbezogen würde.

Brigitta Gerber